



Die Russlanddeutschen

Von der Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert bis zur Rückkehr in das Land ihrer Vorfäter am Ende des 20. Jahrhunderts

Bearbeitet von Hugo Eckert

Einleitung

Seit den liberalen Reformen in der Sowjetunion Ende der 80er Jahre sind etwa zwei Millionen Russlanddeutsche ins Land ihrer Vorfahren zurückgekehrt. Die meisten kamen aus Kasachstan und Russland, vor allem weil sie für sich und ihre Kinder kaum Zukunftsperspektiven sahen. Für alle bedeutete die Auswanderung einen tiefen Lebenschnitt: die Trennung von der *Heimat*, von Freunden und Verwandten. *Wir ließen hinter uns das halbe Leben stehen, ... die Seele wurde ausgetauscht*, schrieb die Lyrikerin Lydia Rosin. Obwohl die Deutschen in Russland über 200 Jahre ihre eigene Kultur bewahrt haben, besonders den angestammten Glauben, den Dialekt und das Brauchtum, sind sie dennoch von zwei Kulturen geprägt. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden viele Ehen mit einem nichtdeutschen Partner geschlossen. Jeder jüngere Deutsche aus Russland versteht das Russische wie eine Muttersprache. Schließlich musste seit 1941 außerhalb der Wohnung ausschließlich Russisch gesprochen werden. Die Ächtung der deutschen Sprache in der Sowjetunion über Jahrzehnte hinweg führte schließlich dazu, dass die meisten Kinder und Jugendlichen bei der Ausreise allenfalls den deutschen Dialekt ihrer Großeltern und Eltern kannten, nicht aber die deutsche Sprache und Schrift. Schmerzhaft war es für die Russlanddeutschen, wenn sie drüben als *Nazis* diffamiert wurden, und erst recht schmerzlich ist es, wenn sie bei uns wegen ihrer kompetenten Teilhabe an der russischen Kultur und Sprache als *Russen* diskriminiert werden. Es ist ein Skandal, dass das Wort *Russe* in unserem Land noch oft in herabsetzender Weise verwendet wird.

Ein Einblick in Geschichte, Kultur, Schicksale und Hintergründe der Auswanderung soll Verständnis wecken für die besondere Problematik der Russlanddeutschen, die gemäß des Grundgesetzes als Deutsche gelten. Da in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion noch immer über eine Million Deutsche leben und weiterhin mit vielen Zuwanderern von dort zu rechnen ist, wird das Thema der Spätaussiedler noch viele Jahre aktuell bleiben. Ausdrücklich sei darauf aufmerksam gemacht, dass mit dem Aufzeigen der oft sehr tragischen Schicksale in der Stalin-Ära keine antirussischen Emotionen entstehen dürfen; unter Stalin hatten auch Millionen von Sowjetbürgern nichtdeutscher Nationalität zu leiden, zum Beispiel in den berüchtigten Gulags. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 und die daraus resultierenden Folgen sind in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion bis heute in fast jeder Familie noch unmittelbar lebendig. Der Blutzoll war extrem hoch. Ministerpräsident Putin erinnerte anlässlich des 60. Jahrestags des

Einmarschs der deutschen Wehrmacht an die 27 Millionen Todesopfer der Sowjetunion zwischen 1941 und 1945. Auch das Leid der Russlanddeutschen in jener Zeit war unermesslich groß. Sie wurden als Deutsche entrechtet und zur Zwangsarbeit verpflichtet, obwohl sie keine Schuld hatten an den Folgen des Hitlerschen Vernichtungskriegs. Aber es gab in den Zeiten der schlimmsten Not auch 1000fach erlebtes Verständnis und tätige Hilfsbereitschaft von Sowjetbürgern, insbesondere von Russen und Kasachen.

In keinem anderen Bundesland leben so viele Russlanddeutsche wie in Baden-Württemberg: über 750 000. Da sehr viele von ihnen einen schwäbischen Dialekt sprechen, möchten sie gern dort wohnen, wo man sich gegenseitig versteht. Eine Reihe von Kolonistendörfern trugen *schwäbische* Namen. 1831 wurde im Kaukasus zum Beispiel *Neu-Stuttgart* gegründet. Baden-Württemberg ist sich der besonderen Verantwortung für die Nachfahren der Auswanderer aus vielen 100 Orten unseres Landes bewusst und übernahm verdienstvollerweise die Patenschaft für alle Russlanddeutschen. Gerade sie, die in zwei Kulturen und Sprachen beheimatet sind, können als Mittler zwischen Russland und Deutschland einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung der beiden Völker leisten.

Das Auswanderungsgesuch von 1766

Als Reaktion auf das Manifest der Zarin Katharina II. von 1763 bat eine junge Waise aus Höhefeld die Verwaltung der Grafschaft Wertheim um Entlassung aus der Leibeigenschaft. Als Grund gab die Waise an, dass sie aus *äußerster Not* ihr Glück *außerhalb* suchen möchte, in Russland. Das Gesuch wurde bewilligt. Voraussetzung war eine Aufstellung des Vermögens. Margaretha Alberths Schulden beliefen sich auf 66 Gulden. Das Vermögen der Waise, darunter vermutlich ein kleines Haus, wurde an den Meistbietenden für 177 Gulden öffentlich verkauft. 5½ Gulden, etwa fünf Prozent des Vermögens, musste die Waise für die Entlassung aus der Leibeigenschaft zahlen. Da bei früheren Auswanderern (nach Amerika) in den Jahren zuvor bis über 20 Prozent abverlangt wurden, ist zu vermuten, dass die Auswanderung des Mädchens von der Verwaltung auf lange Sicht als ein Vorteil angesehen wurde; schließlich sagt die Waise selbst, dass sie kaum ein Stückchen Brot durch tägliche Arbeit erwerben könne. Sicherlich hatte sie keine Ahnung, welche Strapazen ihr bevorstanden, nämlich eine Entfernung von rund 4000 Kilometern, und dies in einer Zeit, da als Transportmittel nur kleinere Schiffe und Fuhrgespanne auf schlechten Wegen zur Verfügung standen.

1 R. 420/

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

pr: d. 20. Mart: 1766.
L. d. 20 Mart: 1766.

①

Virechlaichtigster Reichs. Fürst,
Fürst und Herr!

Ew. Hochfürstl. Virechlaucht geruchen zu
dies zu erlauben in aller kirchlicher Genehmigung
was wegen zu der Person; d. Was gestallten ich Margta,
Alberthin zu d. Hofstadt willens bin, wegen
Anstand zu ziehen, um der selbst meine Nach-
sicht und mein Blut zu ziehen, weil ich
alters alt bin meine Kräfte fast von Jahren
verloren bin, an Nahrung Mittel nicht viel
habe, und kann ein wenig Brod wenig höchst
Arbeit zu ziehen bringen kan, also mich zu ziehen,
in Noth verzeh bringen, mein Blut zu ziehen,
sich zu ziehen, weil ich auch was jung bin,
und der Arbeit wegzuziehen mich nicht fähig,
also hinweg zu ziehen. Ich habe mich
dies in aller kirchlicher Genehmigung erlaub,
um wollen Ew. Hochfürstl. Virechlaucht
in aller kirchlicher Genehmigung zu implorieren
und anzuflehen, doch dieselben erlauben
dies

Transkription des Auswanderungsgesuchs der Margaretha Alberthin, Höhefeld

1 R 420 pr[aesentatum] d[en] 20. Mart[iii] 1766.¹
2 L[ectum] d[en] 20 Mart[iii] 1766.²
3 Durchlauchtigster Reichs-Fürst
4 Gnädigster Fürst und Herr!
5 Ew[re] Hochfürstl[iche] Durchlaucht geruhen gnädigst zu erlauben in aller tieffester Erniedrigung vortragen zu dürffen; was gestallten ich Margaretha Alberthin zu Höhefeld willens bin, naher³ Rußland zu ziehen, um daselbst meine Nahrung und mein Glück zu suchen, weil⁴ ich allhier als ein arme Wayse fast von Jederman[n] verlassen bin, an Nahrungs Mittel nicht viel habe, und kaum ein Stück[chen] Brod durch tägl[iche] Arbeit zuwegen bringen kan[n], also mich die äußerste Noth darzu bewegt, mein Glück außerbhalb zu suchen, weil⁵ ich auch noch jung bin, und der Arbeit vorzustehen mich nicht fürchte, also hinweg zu ziehen. Als[o] habe [ich] mich dahero in aller tieffester Erniedrigung erkünnen wollen[,] Ew[rer] Hochfürstl[ichen] Durchlaucht in aller tieffester Erniedrigung zu imploriren⁵ und anzuflehen, Hochdieselben möchten doch⁶ doch mir armen Waysen die Hohe Gnad angedeyhen, und die nöthige manumission⁷ zur Beförderung meines zeitl[ich]en Glücks und Nahrung gnädigst zu statten kom[m]en lassen.
29 Gnädigster Erhöhung dieses meines Submisses⁸ Bittens mich zuversichtl[ich] ge-tröstend, verharre in profundester⁹ Ehrfurcht,
33 Ew[rer] Hochfürstl[ichen] Durchlaucht unterthänigste
35 Magd,
36 Margaretha Alberthin,
37 Philipp Alberths in Höhefeld
38 hinterl[assene] Tochter.

Anmerkungen

- 1 Registraturvermerke: rechts Präsentatum/ Eingangsvermerk
- 2 Registraturvermerk: gelesen
- 3 nach
- 4 weil
- 5 bitten
- 6 Reklamante/Kustos: Hinweis auf das erste Wort der nächsten Seite in alten Büchern und Schriften zur Kontrolle der richtigen Reihenfolge der Blätter
- 7 Entlassung aus der Leibeigenschaft
- 8 untertänigsten
- 9 tiefster

16 Wertheimer ziehen an die Wolga

Mit dem Manifest der Zarin, das zahlreiche Privilegien zusicherte, wurde 1766 auch in der Grafschaft Wertheim geworben. Da zwischen 1752 und 1754 von hier 190 Untertanen aufgrund des *Auswanderungsfiebers* nach Nordamerika ausgewandert sind, warnte die fürstliche Verwaltung eindringlich vor dem *Emigrations-Unwesen*, verursacht durch *Menschen-Käuferei*. Man konnte nicht verstehen, dass die

Emigrationsbegierde trotz *getreuer Abmahnungen* nicht aufhören wollte. 1764 wurde die Auswanderung in die französische Kolonie in Nordamerika *bei Strafe der Confiskation der Güter* verboten. Die Auswanderer würden um *ihre zeitliche Wohlfahrt* und das Heilige Römische Reich und die fürstliche Herrschaft *um ihre Untertanen gebracht*. Die *Seelenverkäufer*, wie die berufsmäßigen Werber abschätzig genannt wurden, sollten umgehend ins Gefängnis geworfen werden. Für die Zeit zwischen 1755 und 1765 sind nur 15 Auswanderer registriert. Als 1766 auch in der Grafschaft für die Einwanderung nach Russland geworben wurde, ordnete die fürstliche Regierung am 3. April 1766 an, dass dem *Commissario der Russisch Emigranten* die *Patente und Instruktionen* abzunehmen seien. Bemerkenswert ist die Aussage, dass es jedem zu gönnen sei, wenn er sein Glück in fremden Landen verbessern könne, zumal sich bisher nur von Armut und Not Betroffene entschlossen hätten, welche dem Landesherrn *mehr zur Last als wie zum Dienst und Nutz gewesen* seien. Dies zeigt die Hilflosigkeit gegenüber dem Problem, dass die überzählige Bevölkerung in der damaligen Agrargesellschaft weder Arbeit noch Verdienst noch eine wesentliche soziale Hilfe hatte. Gleichzeitig aber befürchtete man, dass eine massenhafte Auswanderung der Grafschaft schaden könne.

Sechs Einzelpersonen und zwei Familien mit zusammen sechs Kindern bekamen 1766 die Erlaubnis, nach Russland auszuwandern. Einmal heißt es konkreter: *... sich in der Nähe des Wolga-Stromes niederzulassen*. Bis auf eine Ausnahme handelte es sich um Menschen in existenzieller Not. Charakterisiert wurden sie zum Beispiel so: *... weil er sich nicht mehr ernähren kann; oder: ... da sie ganz arm ist, darf sie ungelöst ziehen*, das heißt ohne jegliche Abzugssteuer.

Auswanderung im 18. und 19. Jahrhundert – Gründe, Wege, Ziele, Zahlen

Die Redewendung von der *guten alten Zeit* traf im 18. und 19. Jahrhundert für die unterständische Bevölkerung, wie Tagelöhner, Kleinbauern, Kleinhandwerker, nicht zu. Kriege, Missernten und Hungersnöte führten häufig zu großer Not. Viele litten auch unter der Unfreiheit, unter Kriegs- und harten Fronddiensten. Während des Siebenjährigen Kriegs wurden zum Beispiel Soldaten aus Hessen nach Nordamerika *verkauft*. Viele Tausende von Soldaten aus Württemberg, Baden, Bayern und so weiter nahmen 1812 an dem verlustreichen Russlandfeldzug Napoleons teil; nur wenige von ihnen kehrten zurück. In manchen Regionen konnten sich religiöse Gruppierungen nicht entfalten, wie die Pietisten in Württemberg oder die Mennoniten im Danziger Gebiet. Als um die Mitte des 18. Jahrhunderts englische, französische und russische Werber durch die Lande zogen, stießen sie vor allem in den stärker von vielfacher Not bedrückten Gebieten auf größeren Widerhall. Ins Wolgagebiet machten sich 1763–1766 etwa 30 000 Menschen auf den Weg, vor allem aus Hessen, aus den Rheinlanden und Württemberg: Jüngere und Ältere, Alleinstehende und Familien mit Kindern. In einer zweiten Einwanderungswelle zogen Mennoniten aus Danzig und Westpreußen in die Steppen nördlich des Schwarzen Meers. Eine dritte Welle kam aus Württemberg. Sie begann 1804 und führte Zehntausende donauabwärts (oder auf dem Landweg über Podolien) in die Umgebung von Odessa am Schwarzen Meer, auf die Krim, in den Südkaukasus und vor allem nach Bessarabien. Eine starke Gruppe überwiegend katholischer Auswanderer aus der Pfalz, dem Elsass und Nordbaden brach seit 1809 ebenfalls in Richtung Schwarzmeergebiet auf. Sie gründeten zum

Beispiel bei Odessa große Dörfer, denen sie vertraute Namen gaben, wie Karlsruhe, Straßburg, Mannheim, Basel, Darmstadt. Weitere Siedler aus dem Gebiet der Weichsel sowie Auswanderer aus Polen und Schwaben ließen sich in Wolhynien nieder.

An der Wolga wurden 104 deutsche *Kolonien*, das heißt Dörfer, gegründet, sowohl auf der Bergseite (westlich der Wolga) wie auch auf der Wiesenseite (östlich der Wolga). Da die Kolonien schon bald aufgrund gediegener landwirtschaftlicher Kenntnisse, durch Fleiß und Sparsamkeit aufblühten und die Bevölkerung sich vermehrte, gründeten sehr aktive junge Leute *Tochterkolonien*, oft in weit entfernten Gebieten, zum Beispiel im Nordkaukasus, am Ural, aber auch in Sibirien, Zentralasien und Kasachstan. 1940 zählte man in der Sowjetunion 304 Mutterkolonien und 3232 Tochterkolonien, zusammen rund 3500 Dörfer. 1939 betrug die Zahl der Deutschen in der Sowjetunion 1,6 Millionen.

Deutsche in Russland 1763–2001 – ein Überblick

Die Geschichte der Russlanddeutschen ist eng verwoben sowohl mit der russischen Innenpolitik wie auch mit der russisch-deutschen Außenpolitik. Die Beziehungen zwischen Russland und dem Deutschen Reich bis 1917 einerseits und das Verhältnis der Sowjetunion zur Weimarer Republik, dem Dritten Reich und der Bundesrepublik andererseits wirkten sich, zum Teil sehr nachhaltig, auch auf die Russlanddeutschen aus. Sprichwörtlich bedeutete die Auswanderung für die erste Generation den Tod, für die zweite die Not und erst für die dritte das Brot. Die Gesamtzahl der deutschen Einwanderer in Russland im 18. und 19. Jahrhundert wird auf 100 000 geschätzt. Bis 1914 hatte sich die Zahl der Einwohner in den deutschen Kolonistendörfern bis auf 1,7 Millionen Menschen vermehrt. Der starke wirtschaftliche Aufschwung gründete nicht nur auf den Privilegien, sondern auch auf soliden Tugenden, wie Disziplin, Arbeitsethos, Sparsamkeit, Lernbereitschaft und konsequente Vorsorge für die nächste Generation. Evangelische, katholische und mennonitische Christen fühlten sich nicht nur Gott, sondern auch der Obrigkeit und dem Nächsten gegenüber in der Verantwortung. Durch viele verwandtschaftliche Beziehungen deutscher Herrscherhäuser (zum Beispiel Preußen, Württemberg, Baden, Hessen) mit der Zarenfamilie konnten sich die Kolonisten sicher fühlen. Als durch die Reichsgründung von 1871 in der Mitte Europas eine Großmacht entstand, sahen dies einflussreiche national gesinnte Russen als eine Bedrohung. Durch den immer stärker ausgeprägten Nationalismus auf beiden Seiten und den mächtiger werdenden Panslawismus kam es zu ernsthaften Spannungen, die im Wechselspiel der Politik der Großmächte zum Ersten Weltkrieg führten. Rund 300 000 Russlanddeutsche trugen jetzt die Uniform des Zaren, und sehr viele standen als Gegner den *deutschen Brüdern* an der Ostfront gegenüber.

Während der Zwischenkriegszeit erlebten die Russlanddeutschen die Verstaatlichung von Grund und Boden, schwere Hungersnöte, die Deportation der Kulaken und die *große Säuberung* durch Stalin. Die ganz große Tragik aber begann mit dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion 1941. Mehrere 100 000 Deutsche in der Sowjetunion wurden als angebliche Spione vor allem nach Sibirien und Kasachstan deportiert. Alle standen unter strenger militärischer und geheimdienstlicher Aufsicht. Über 100 000 von ihnen, Männer und Frauen, wurden in die Trudarmee eingezogen und mussten viele Jahre unter härtesten Bedingungen leben. Erst nach dem Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in Moskau 1955 konnten die Russlanddeutschen wieder einigermaßen



Frauen aus Kukkus an der Wolga in ihrer Tracht beim Verlassen des Bet- und Schulhauses nach dem Gottesdienst, im Hintergrund der Glockenturm, 1927.

Vorlage: Scherl, SV-Bilderdienst München

normal leben, aber sie waren noch immer in vielen Bereichen, zum Beispiel im Bildungs- und Berufswesen, diskriminiert. Erleichterungen für die Familienzusammenführung brachte der deutsch-sowjetische (Moskauer) Vertrag von 1970. Die neue Politik der Perestroika hatte eine Ausreisewelle zur Folge. Von den vielfältigen Ausreisegründen sei vor allem die Furcht vor dem aufflammenden Nationalismus, zum Beispiel in Kasachstan, genannt, der die Deutschen erneut als *Faschisten* abstempelte. So arm, wie die Kolonisten einst ausgewandert sind, so arm kehren die Nachfahren nach sechs, sieben, acht Generationen zurück. Sie bauen sich mit dem gleichen Elan wie vor 200 Jahren mit den noch immer gegenwärtigen Tugenden des Pioniergeistes eine neue Existenz auf.

Viele 100 000 Deutsche leben noch immer in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Sie kennen die für Spätaussiedler ungünstigen Bedingungen bei der Einwanderung: die hohe Arbeitslosigkeit, die Zuweisung in bestimmte Bundesländer, mögliche Probleme der Kinder und Jugendlichen in Schule und Berufsausbildung et cetera. Durch die massenhafte Rückwanderung wurden viele der noch immer eng miteinander verbundenen Großfamilien auseinandergerissen. Viele bleiben *drüben* aus Furcht, sich nicht mehr in der Fremde eingewöhnen zu können. Wer einen russischen Ehepartner hat, nimmt in der Regel Rücksicht auf dessen Wunsch, in der alten Heimat zu bleiben. Fast jede russlanddeutsche Familie hat noch Verwandte und Freunde in Kasachstan, Sibirien und anderswo.

Die Privilegien der Zarin und deren Aufhebung

Im Unterschied zu den Auswanderern nach Amerika gewährte das Manifest von 1763 den Kolonisten in Russland mehrere sehr attraktive Privilegien: freie Reise und Kostgeld während der langen Anreise; Steuerfreiheit für 30 Jahre; die freie Ausübung der *Religions-Uebung*, den Bau von Kirchen und Glockentürmen sowie das Recht, Pfarrer zu unterhalten; die kulturelle Freiheit, weitgehende kommunale Selbstverwaltung und vor allem die Befreiung vom Militärdienst. Zar Paul I. garantierte den Mennoniten, die den Umgang mit Waffen ablehnten, die Befreiung vom Militärdienst *für alle Zeiten*. Alexander I. verlangte von den Einwanderern seit 1804 alle nötigen Kenntnisse über eine rationelle Landwirtschaft. Gefragt waren professionelle Landwirte, Weinbauern, Vieh- und Schafzüchter.

Beeinflusst vom Panlawismus, forderten die russischen Nationalisten, dass die Privilegien der Russlanddeutschen aufgehoben werden müssten. Nach der deutschen Reichsgründung von 1871 mussten nun auch alle wehrfähigen Deutschen den Wehrdienst ableisten. Besonders betroffen waren hiervon die Mennoniten; in der Folgezeit wanderten Hunderttausende von ihnen nach Amerika aus, wo sie gemäß ihrer Religion unbedrängt leben konnten.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 gehörten 300 000 Russlanddeutsche der Zarenarmee an. Während der kommunistischen Zeit mussten die Deutschen in Russland die Uniform der Roten Armee tragen. Angesichts der Kriegsgefahr wurden 1941 viele Russlanddeutsche aus der Roten Armee ausgesondert, aus Furcht, Spione in der Armee zu haben. Dennoch gab es Russlanddeutsche, die in der Roten Armee kämpften, auch gegen die deutsche Wehrmacht. Als die Deutschen im Sommer 1941 die Schwarzmeergebiete eroberten, wurden die wehrfähigen Jahrgänge in die Wehrmacht eingegliedert, die meisten in die SS (nur scheinbar freiwillig). Beim Einsatz der Roten Armee gegen die Tschetschenen und in Afghanistan mussten auch Russlanddeutsche mitkämpfen.

Annähernd 200 Jahre galt es als selbstverständlich, die deutsche Kultur und Sprache zu bewahren, sowohl den heimischen Dialekt wie auch die Sprache der Luther-Bibel, der Gebet- und Liederbücher der Mennoniten und der katholischen Gesangbücher. Die Sprache wurde in deutschen Schulen vermittelt und war auch an deutschen Hochschulen in Russland selbstverständlich. Erst einige Jahre vor Beginn des Zweiten Weltkriegs musste an bis dahin *deutschen* Schulen in russischer oder ukrainischer Sprache unterrichtet werden. Während des Kriegs (und auch noch lange Zeit danach) war das Deutsche als Sprache des existenzbedrohenden Feindes verpönt. Die Zahl derer, die die deutsche Sprache als Muttersprache betrachteten, ging ab 1941 drastisch zurück. Die enorme Verstärkung der Russlanddeutschen von 4,4 Prozent im Jahr 1914 auf 52 Prozent im Jahr 1989 zeigt deutlich die Landflucht vor allem der jüngeren Generation. Die Geschlossenheit von rein deutschen Siedlungen ging nicht nur durch die Deportationen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs verloren, sondern auch durch den Wegzug der Jüngeren in die Städte.

Die gemeindliche Selbstverwaltung führte zu einem ausgeprägten Selbstbewusstsein der Russlanddeutschen. Im Gegensatz zu den russischen Landsleuten waren sie keine Leibeigenen mehr. (Die Leibeigenschaft in Russland wurde erst 1861 aufgehoben).

Die Einrichtung der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen 1924 brachte eine (allerdings nur kurze) Blüte für die Wolgadeutschen, freilich unter kommunistischen Vorzeichen. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell blühte die Republik auf und wurde zu einem Zentrum der deutschen Kultur in der ganzen Sowjetunion. Hier wurde in über 400 Schulen in deutscher Sprache unterrichtet, desgleichen in zahlreichen Technischulen und Hochschulen. Ein deutsches National- und Kindertheater tradierte kulturelle Werte. Mehr als 20 regionale und fünf überregionale deutschsprachige Zeitungen gaben Zeugnis von einer konsequenten Nationalitätenpolitik. Mit dem Zwang, die russische Sprache kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht nur im Unterricht, sondern auch in der Verwaltung und bei Gericht zu verwenden, wurde die deutsche Sprache auf Dauer nachhaltig zurückgedrängt.

Zwischen 1929 und 1931 schlossen die Kommunisten die Kirchen und Bethäuser, in denen die Einwanderer über 100 Jahre lang ihre religiöse Identität ungestört bewahren konnten. Die Glocken wurden zerstört und die Kirchen ent-

weiht und zu profanen Zwecken benutzt, zum Beispiel als Kulturhaus oder Viehstall. Gottesdienste waren nun untersagt, und zahlreiche Pfarrer und Kirchendiener wurden verhaftet und eingesperrt.

Mit dem Beginn des deutsch-sowjetischen Kriegs waren die Russlanddeutschen nicht nur aller Vorrechte, sondern auch aller Menschenrechte beraubt. Schon im Juli 1941 verschleppte man die 45 000 Krimdeutschen nach Zentralasien und ab August auch die 350 000 Wolgadeutschen nach Kasachstan und Sibirien. Als 1943/44 auch die Schwarzmeerdeutschen ihre Heimat verlassen mussten und in riesigen Trecks nach dem Westen in den *Warthegau* zogen, waren die großen geschlossenen, von Russlanddeutschen bewohnten Gebiete entvölkert, und bis heute durften nur wenige von den über eine Million Deportierten in ihre alte Heimat zurückkehren. Seit vielen Jahrzehnten wohnen dort in den ehemals deutschen Dörfern Russen und Ukrainer, die sich gegen eine Rückkehr der Deutschen wehren.

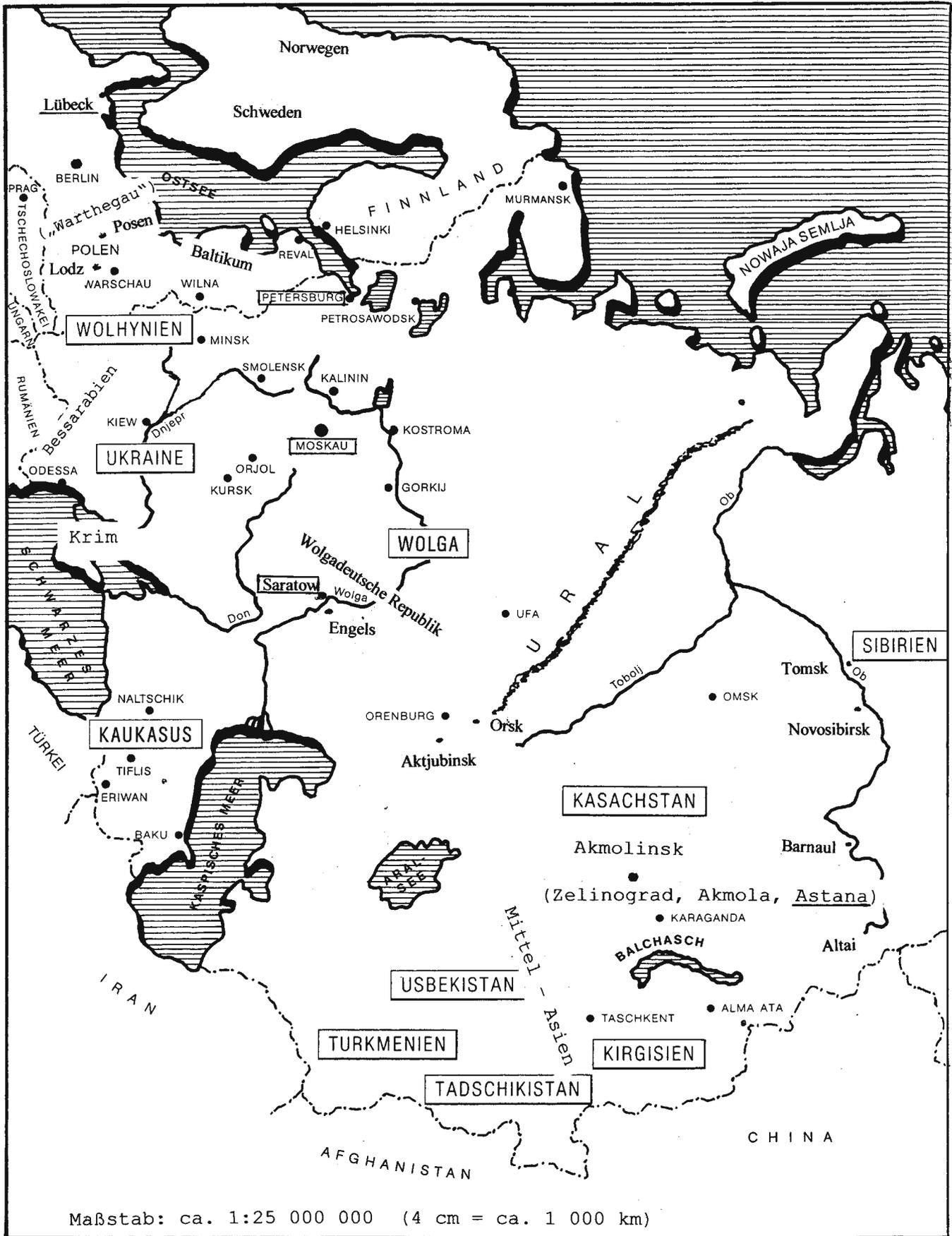
Auswirkungen des Panlawismus und des Ersten Weltkriegs auf die Russlanddeutschen

Die Russlanddeutschen begrüßten 1917 den Sturz des Zaren, der, obwohl mit einer deutschen Fürstentochter verheiratet, nicht (mehr) als Freund der (Russland)Deutschen angesehen wurde. Die kommunistische Oktoberrevolution jedoch betrachteten sie eher mit Argwohn, vor allem wegen der Verstaatlichung von Grund und Boden. Der Bürgerkrieg zog besonders die Wolgadeutschen in Mitleidenschaft, deren Siedlungsgebiet zwischen der Front der Roten und der zaristischen Weißen lag. Armeeeinheiten beider Parteien des Bürgerkriegs rekrutierten mit Zwang junge Soldaten unter den Russlanddeutschen. In der Wolga-Kolonie beschlagnahmten nicht nur die *Roten* und *Weißen*, sondern auch marodierende Banden alle Lebensmittel. Den deutschen Bewohnern der südlichen Ukraine ging es nicht besser. Mehrere Aufstände der Bauern gegen die brutale Zwangseintreibung von Lebensmitteln wurden blutig niedergeschlagen. Den deutschen Widerstand versuchte die Rote Armee nicht nur durch Requisitionen und Enteignungen zu brechen, sondern auch durch Einzel- und Massenerschießungen.

Relativ wenige Deutsche gehörten in den Jahrzehnten zwischen 1917 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs der kommunistischen Partei des Sowjetstaats an. In der Wolgarepublik war zwischen 1922 (154 Mitglieder) und 1927 (371) nur ein geringer Anstieg zu verzeichnen. 1932 zählte man 4538 Mitglieder, aber nur knapp die Hälfte von ihnen waren deutschrussischer Herkunft. Die Russlanddeutschen galten als unpolitisch und hielten an ihrer angestammten Religion fest.

Durch die Wirren des Bürgerkriegs brach 1921/22 eine Hungersnot aus, die Tausende von Russlanddeutschen dahinraffte. Viele wanderten in ihrer Verzweiflung nach Sibirien, dem Kaukasus und in andere Gebiete aus. Die Hungersnot hatte sich während der Zeit des *Kriegskommunismus* wegen der inneren Instabilität und des schroffen Vorgehens der Bolschewiki in ganz Russland ausgebreitet. Die Zahl der Hungertoten wird auf fünf Millionen geschätzt. Viele Russlanddeutsche wurden durch Hilfslieferungen von Landsleuten in Amerika gerettet, die Jahrzehnte zuvor ausgewandert waren. Ernst Reuter, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin (1950–1953), hatte 1918 als deutscher Kriegsgefangener mit guten russischen Sprachkenntnissen von Lenin die Aufgabe übertragen bekommen, als Leiter des Wolgadeutschen Kommissariats eine autonome Verwaltung einzurichten. Gegründet wurde zunächst eine *Arbeitskommune*, freilich auf der Grundlage der *Diktatur des Proletariats*. Die

Siedlungsgebiete von Deutschen in Rußland (Sowjetunion, GUS)



Maßstab: ca. 1:25 000 000 (4 cm = ca. 1 000 km)

Route der Auswanderer aus Wertheim 1766: Frankfurt/M.-Lübeck-St.Petersburg-Saratow (Wolga), Land- und Wasserwege: ca. 4 000 km

Karte aus: Längin a.a.O., Umschlagseite. Zusätzl. Namen v. H. E.

Russlanddeutschen standen dem neuen Gebilde sehr reserviert gegenüber. Dies hatte zur Folge, dass sie in den Verwaltungsorganen der Wolgarepublik deutlich unterrepräsentiert waren, desgleichen in der 1924 errichteten deutschen Wolgarepublik.

Verbesserungen durch die Neue Ökonomische Politik (NEP)

Der Kriegskommunismus mit den rücksichtslosen Beschlagnahmungen hatte zur Folge, dass die Bauern total verarmten. In der gesamten Sowjetunion wurde anfangs der 20er Jahre nur noch etwa die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen bebaut. Die von Lenin daraufhin eingeführte Neue Ökonomische Politik (1921–1928) brachte auch den deutschstämmigen Bauern wesentliche Erleichterungen. Der Staat verzichtete nun auf jegliche Beschlagnahmen von Lebensmitteln und förderte die Privatinitiative. Grund und Boden konnten wieder gepachtet und Arbeitskräfte eingestellt werden. Die neuen Vergünstigungen führten zu einer landwirtschaftlichen Blüte, ohne dass freilich der Vorkriegsstandard ganz erreicht wurde.

Die Vernichtung der Kulaken (Großbauern)

Ende Dezember 1929 verkündete Stalin die *Liquidierung der Kulaken als Klasse*. In den von Deutschen besiedelten Gebieten trieben die Kommunisten die Zwangskollektivierung in mehreren Schüben mit Macht so voran, dass zum Beispiel in der Wolgarepublik Mitte 1931 bereits 97 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe enteignet und kollektiviert waren, während der Prozentsatz in der gesamten Sowjetunion erst 25 Prozent betrug. Als Hauptgrund hierfür führten Funktionäre ins Feld, dass *die Deutschen alle Kulaken ... bis ins Mark* seien. Wer als Kulak eingestuft war (das heißt in den Augen der Kommunisten als *wohlhabend*), wurde als Klassenfeind inhaftiert und zu einer langen Gefängnisstrafe oder Verbannung verurteilt. Die meisten wurden nach Mittelasien deportiert. Insgesamt waren in der Sowjetunion von der Deportation in jenen Jahren 1,8 Millionen Kulaken betroffen, darunter überproportional viele Deutsche, zum Beispiel allein 60 000 Wolgadeutsche.

Die Vernichtung der Kulaken hatte eine zweite Hungersnot innerhalb von zehn Jahren mit schätzungsweise sechs Millionen Opfern zur Folge. Das waren mehr als 1921/22. Man schätzt die Zahl der Verhungerten in der Wolgarepublik zwischen 1929 und 1933 auf 54 000 Menschen. Etwa 100 000 Menschen flohen aus der Republik, um dem Hungertod zu entgehen. Die Krise hielt im Grunde an bis zu einer Rekordernte 1937.

Der Große Terror gegen die Deutschen seit 1933

Seit der Machtübernahme Hitlers kamen die Russlanddeutschen erneut in den Verdacht, politisch unzuverlässig zu sein und mit dem Feind zu paktieren. Mit großem Misstrauen verfolgten die Kommunisten die Bemühungen karitativer Institutionen in Deutschland seit Januar 1933, die *hungern- und notleidenden Deutschen* in der Sowjetunion zu unterstützen. Das Zentralkomitee in Moskau forderte die örtlichen Parteiorganisationen auf, dafür zu sorgen, dass die *konterrevolutionären und antisowjetischen Kontakte* zwischen den Russlanddeutschen und den *Faschisten* in

Deutschland aufhörten. In der Wolgarepublik wurden 200 angeblich *faschistische Elemente* verhaftet und zum Teil erschossen. 1934 ordnete das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei an, Personallisten von der deutschen Bevölkerung zu erstellen, die bei der Deportation 1941 noch eine wichtige Rolle spielten.

1936 folgte eine weitere Verhaftungswelle in der Wolgarepublik, verbunden mit zahlreichen Ausschlüssen aus der Partei. Der Geheimdienst glaubte an eine *nationalistisch-faschistische Untergrundorganisation*, die Pläne schmiedete, um die Faschisten im Fall eines Kriegs gegen die Sowjetunion zu unterstützen. Die Geheimpolizei verdächtigte auch die deutschen Funktionäre in Fabriken und Kolchosen und die Schriftsteller der Wolgarepublik, die inhaftiert und zum Teil erschossen wurden. Da deutsche Fachleute von Russen und Ukrainern ersetzt wurden, trat die deutsche Sprache in den Hintergrund.

Folgen des Hitler-Stalin-Pakts und des Zweiten Weltkriegs

Durch Abmachungen des Hitler-Stalin-Pakts vom August 1939 wurden 65 000 Deutsche aus Wolhynien und 93 000 aus Bessarabien ins Deutsche Reich und in besetzte polnische Gebiete umgesiedelt. Auch die anderen Sowjetdeutschen hofften darauf, bald in den Westen ausreisen zu können.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs spielten Russlanddeutsche in der Roten Armee kaum eine Rolle. Die deutschen Männer in der Ukraine wurden nicht an der Front eingesetzt, sondern im Hinterland beschäftigt, zum Beispiel damit, Vieh und Landwirtschaftsgeräte in den sicheren Osten zu verfrachten. Es war vorgesehen, die gesamte deutsche Bevölkerung in der Südukraine und in Südrussland zu deportieren, doch durch den raschen Vormarsch der deutschen Truppen konnte der Befehl nur sehr unvollständig umgesetzt werden. Die mehrere 100 000 zählenden Schwarzmeerdeutschen begrüßten zwar die deutschen Truppen, in der Hoffnung, dass die Leiden jetzt ein Ende hätten. Sie zeigten sich auch dankbar, dass sie ohne große Kontrolle leben und arbeiten durften und dass die Kirchen nun wieder geöffnet waren. Aber irritiert und abgestoßen waren sie von den massenhaften Judenmorden, die zum Teil vor ihren Augen stattfanden.

Die Russlanddeutschen wurden zunächst nicht als gleichberechtigte deutsche Bürger anerkannt. Die Ukraine-Deutschen erhielten beispielsweise lediglich einen *Volks-tumsausweis*. Die deutsche Staatsangehörigkeit bekamen sie in der Regel erst dann, wenn sie zum Beispiel im *Warthegau* gesiedelt hatten. Nach Berichten von Augenzeugen ging es den *Volksdeutschen* wirtschaftlich für einige Jahre gut, bis mit der näher rückenden Front das große Leiden begann. *Es war ein Befehl, der uns alle zum Trecken zwang*, sagte Frau Herner, eine Schwarzmeerdeutsche in einem Interview (Wertheim, November 2000), *wer nicht mittrecken wollte, sollte erschossen werden – von deutschen Soldaten!* erklärte sie kopfschüttelnd. Mehrere 100 000 begaben sich 1943/44 auf den monatelangen Treck, oft genug den Tod vor Augen, bei Schlamm auf den Straßen, Eiseskälte, Hunger und fehlender medizinischer Versorgung. Besonders viele Kinder und Alte starben unterwegs. Die meisten wurden von der Roten Armee überrollt und als *Sowjetbürger* nach Sibirien oder Kasachstan *repatriert*, das heißt in ihr *Vaterland* in Güterwägen zwangsverschickt. Rund 75 000 Russlanddeutsche, die nach Kriegsende in den vier Besatzungszonen untergetaucht waren, konnten den Suchkommandos der Sowjets entkommen.



Eine verschleppte russlanddeutsche Familie vor ihrem strohgedeckten kleinen Haus in Mittelasien, um 1958.

Vorlage: Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V., Stuttgart

Zwangsarbeit in der Trudarmee (Arbeitsarmee)

Wegen der Feindschaft zwischen Stalin und Hitler sind für die mit Misstrauen beargwöhnten Russlanddeutschen seit Mitte der 30er Jahre Aufnahmebeschränkungen bei der Roten Armee eingeführt worden. Dennoch wird vermutet, dass zur Zeit des Kriegsbeginns am 22. Juni 1941 noch viele Russlanddeutsche der Roten Armee angehörten, trotz der verordneten Entlassungswelle. Die demobilisierten Deutschen wurden vom sowjetischen Geheimdienst zwischen Juli und Oktober 1941 in Sondereinheiten zusammengefasst. Damit war der Kern der *Arbeitsarmee* geschaffen, in der die Deutschen zur Zwangsarbeit beim Bau von Eisenbahnen, Wegen und Kanälen, in Fabriken sowie in Kohle- und Erzbergwerken herangezogen wurden. Nur der Form nach handelte es sich um einen Teil der Roten Armee, in Wirklichkeit war sie dem Geheimdienst unterstellt. Bei der *Arbeitsarmee* handelte es sich um ein ganzes Netz von Zwangsarbeitslagern. Es war eine Mischung zwischen Armee einerseits und Arbeits- und Konzentrationslager andererseits. Ohne Unterscheidung der militärischen Ränge wurden die Trudarmisten in Arbeitsbrigaden eingeteilt. Vom äußeren Erscheinungsbild her machten die von Geheimdienstoffizieren (NKVD) geführten Brigaden eher den Eindruck von Gefangenkolonnen als den einer Arbeitsarmee. Die Bedingungen und Normen der Zwangsarbeiter waren extrem hart. Sie hatten einen 12- bis 14-stündigen Arbeitstag bei kargen Essensrationen, zum Beispiel bei 300 Gramm Brot und einer dünnen Suppe täglich. Häufige Krankheitsfälle, bedingt durch Hungerrationen, extreme Kälte, unzureichende Unterkünfte und nicht ausreichende medizinische Betreuung, hatten zahlreiche Todesfälle zur Folge. Nur in den Anfangsmonaten wurden die ersten Einheiten der Arbeitsarmee als Hilfsbataillone hinter der Front eingesetzt. Seit Herbst 1941 wurden alle Männer zwischen 18 und 50 Jahren eingezogen, dann auch Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren. In einer dritten Etappe kamen seit dem Frühjahr 1942 die Frauen von 18 bis 40 Jahren hinzu.

Die Zahl der Trudarmisten wird auf 100 000 geschätzt. Erst in den Jahren 1946 und 1947 wurden die Deutschen aus der Arbeitsarmee entlassen. Wenn sie sich mit ihren Angehörigen in der Deportation vereinigten, unterstanden sie jetzt ebenfalls der *Sonderkommandantur* bis 1955.

Die Deportation der Wolgadeutschen 1941

Der 28. August 1941 gilt vielen Russlanddeutschen als der *schwärzeste Tag* ihrer Geschichte. Ein *Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets* dekretierte die *Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen*. Die deutsche Wehrmacht hatte in schnellen Vormärschen riesige Gebiete der Sowjetunion erobert. Die Sowjets behaupteten (Beweise hierfür sind nicht bekannt), dass es im Wolgarayon Zehntausende von Spionen gebe, die nach einem *Signal der Faschisten* Sprengstoffanschläge verüben sollten. Mit den kollektiven Schuldzuweisungen (die auch später nicht zu beweisen waren) wurden die Russlanddeutschen aus bisherigen Mitbürgern zu Verfeindeten, Ausgestoßenen und Rechtlosen. Auch die deutschstämmigen Mitglieder der Kommunistischen Partei und deutsche Führungskader wurden deportiert. Ein weiterer Erlass verfügte die Aufhebung der Autonomie der Wolgarepublik; die einzelnen Gebiete wurden anderen Rayons zugeteilt. Das war das Ende der wolgadeutschen Geschichte.

Zu den insgesamt 800 000 von der Deportation betroffenen Deutschen in der Sowjetunion zählten über 350 000 Wolgadeutsche. Nach Kriegsende wurden auch rund 250 000 Schwarzmeerdeutsche, die 1943/44 unter der Leitung von deutschen Soldaten wegen des Vormarschs der Roten Armee in den Westen getreckt waren, *repatriert*, aber nicht in ihre alte Heimat, wie ihnen vorgedauert wurde, sondern nach Kasachstan und Sibirien.

Seit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion richtete sich der Zorn der Sowjets auch auf die Russlanddeutschen als vermeintliche Sympathisanten mit der deutschen Wehrmacht und dem deutschen Faschismus. Die *inneren Feinde* zwängte man in Viehwaggons. Sie litten unter Hunger und Durst bei katastrophalen hygienischen Verhältnissen. Viele Tausende starben auf der langen Reise, besonders Alte und Kinder. Die Ziele waren der Raum Novosibirsk (100 000 Wolgadeutsche), Omsk (85 000), Kasachstan (100 000) und die Altei-Region (95 000). Am Bestimmungsort teilte man sie auf einheimische Familien auf, bei Sibirierdeutschen, bei Russen und Kasachen. Andere mussten sich mit Notunterkünften zufrieden geben, wieder andere wurden in der kasachischen Steppe unter primitiven Bedingungen angesiedelt. In aller Eile mussten Erdhöhlen gegraben werden.

Von der Deportation im Verlauf des Kriegs waren weitere 1,3 Millionen Personen betroffen, denen die Sowjets misstrauten. Auch die Tschetschenen, Krimtataren, Inguschen und Kalmücken sind nach der Deportation unter Sonderkommandantur gestellt worden.

Das Schicksal der Deutschen in der Sowjetunion (GUS und Nachfolgestaaten) 1945–2000

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 konnten die Deutschen in der Sowjetunion auf lange Zeit keine Besserung ihres Schicksals als Zwangsarbeiter in der Trudarmee oder unter der Kommandantur erwarten. Deutsche Truppen hatten den mörderischen Krieg tief ins sowjetische Hinterland hineingetragen. Tausende von Dörfern und Hunderte von Städten waren zerstört, und über 20 Millionen sowjetische Soldaten und Zivilisten getötet, erschlagen und ermordet. Nach Kriegsende mussten auch Millionen von Sowjetbürgern mit Hungerrationen und hohen Arbeitsnormen leben, freilich mit dem wesentlichen Unterschied gegenüber den Russlanddeut-



Der ungemein qualvolle Große Treck von mehr als 300 000 Ukrainedeutschen auf der Flucht vor der anrückenden Roten Armee im Winter 1944.

Vorlage: Scherl, SV-Bilderdienst München

schen: nicht hinter Stacheldraht oder unter der Kommandantur. Die Russlanddeutschen trugen immer noch das Stigma, Verräter gewesen zu sein. Hunderttausende von Zivilisten, zumeist Ukrainer und Russen, waren noch in Deutschland als Zwangsarbeiter verschleppt. Die völlig verarmte sowjetische Bevölkerung hatte in der Nachkriegszeit noch lange unter hohen Arbeitsnormen beim Wiederaufbau und unter Hungerrationen zu leiden.

Die Öffentlichkeit in der Sowjetunion erfuhr über die Russlanddeutschen schon seit der Kriegszeit nichts mehr, weder in Zeitungen, noch im Radio. Das Verbot, brieflich mit den Verwandten im Westen zu verkehren, bestand auch nach der Kapitulation weiter. Ein Dekret des Obersten Sowjets vom 26. November 1946 legte lapidar fest, dass die Deutschen, Kalmyken, Tschetschenen, Inguschen, Balkaren, Finnen, Letten und andere in die [für sie] bestimmten Rayons auf ewige Zeiten umgesiedelt wurden. Mit 20 Jahren Gefängnis hatte zu rechnen, wer den Aufenthaltsort ohne ausdrückliche Genehmigung verließ.

Bundeskanzler Adenauer konnte 1955, zwei Jahre nach Stalins Tod, in zähen Verhandlungen erreichen, dass die letzten 10 000 deutschen Kriegsgefangenen freigelassen wurden. Außerdem wurde ihm, wenn auch nur mündlich und nicht verbindlich, zugesichert, dass rund 130 000 Zivilpersonen ausreisen dürften. Es handelte sich um Volksdeutsche aus der Südukraine, die zwischen 1941 und 1944 die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hatten. Außerdem entließ man die Russlanddeutschen aus der Zugehörigkeit zur Sondersiedlung, das heißt die Kommandantur wurde abgeschafft. Der Erlass des Obersten Sowjets vom 13. Dezember 1955 brachte außerdem klar zum Ausdruck, dass kein Deutscher mit der Rückgabe des 1941 konfiszierten Vermögens rechnen könne. Die Deutschen mussten schriftlich erklären, dass sie weder in ihre frühere Heimat zurückkehrten noch dass sie Ansprüche auf ihr eingezogenes Vermögen geltend machten. Die relative Freiheit führte seit 1955 dazu, dass eine Art Völkerwanderung von Deutschen in der Sowjetunion vom kalten Norden in die wärmeren südlicheren Gebiete

stattfand, nach Westsibirien, Kasachstan und Mittelasien. Viele hofften, ihre seit über zehn Jahren vermissten Angehörigen aufzufinden. 1955/56 wurde in Barnaul, der Hauptstadt des Alteigeiets, zum erstenmal wieder eine deutsche Zeitung herausgegeben.

Die Periode des *Tauwetters* unter Chruschtschow ließ bei den Russlanddeutschen Hoffnungen aufkeimen, dass ihnen endlich gleiche Bürgerrechte eingeräumt würden. Nach 23 endlos scheinenden Jahren wurden sie wenigstens zum Teil rehabilitiert. Am 29. August 1964 dekretierte der Oberste Sowjet unter Bezugnahme auf den Erlass vom August 1941, das Leben habe gezeigt, dass die pauschalen Beschuldigungen, alle Deutschen seien Diversanten und Spione, unbegründet und ein Akt der Willkür gewesen seien.

1965–1967 legten russlanddeutsche Delegationen beim Obersten Sowjet in Moskau mehrmals Forderungen vor. Sie wollten nicht nur das Recht, in die alten Siedlungsgebiete an die Wolga zurückzukehren, sondern auch die Zusage, die deutsche Sprache und Kultur weiterentwickeln zu dürfen. Im Grunde wehrten sie sich gegen die seit Jahrzehnten von den Behörden mit Nachdruck verfolgte Russifizierung. Der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets in Moskau, Anastas Mikojan, erklärte, man könne nicht alles wieder gutmachen, was in der Geschichte geschehen sei; die Wiedererrichtung der autonomen Wolgarepublik scheitere an dem riesigen wirtschaftlichen Aufwand. Doch werde man den Russlanddeutschen größere kulturelle Freiheiten gewähren. Dies wurde jedoch in der Realität nicht umgesetzt. Die deutsche Sprache, seit 1941 in der Öffentlichkeit verpönt und von den Lehrplänen in den Schulen gestrichen, war mittlerweile in der Gefahr, unterzugehen. Die mittlere Generation und die Kinder und Jugendlichen bedienten sich schon Ende der 80er Jahre der russischen Sprache, die offiziell *zweite Muttersprache* genannt wurde. In Wirklichkeit war sie für die meisten schon längere Zeit tatsächlich zur *ersten Muttersprache* geworden. Viele jüngere Deutsche zogen von den Dörfern in die Stadt und heirateten oftmals russische Partner. Während es Mitte der 20er Jahre bei den Russland-

deutschen 15 Prozent gemischtnationale Ehen gab, lag der Anteil 1945 bei rund 25 Prozent. Nach langen Jahren des multinationalen Zusammenlebens und der zunehmenden Assimilierung stieg die Zahl zu Beginn der 90er Jahre gar bis auf rund 75 Prozent. In russisch-deutschen Ehen dominiert in der Regel das Russische. Obwohl man den Deutschen seit 1965 gleiche Bildungschancen zugestanden hatte, jedenfalls theoretisch, zeigt die geringe Zahl von deutschen Hochschülern, lediglich drei Prozent, dass bei der Vergabe von Studienplätzen die Deutschen eindeutig benachteiligt wurden. Herbert Wiens stellte fest, sie seien zu einem *Arbeiter- und Bauernvolk degradiert* worden. Als 1979 in Jermantau bei Zelinograd (später in Akmola, dann in Astana umbenannt) den Russlanddeutschen eine Autonomie zugebilligt wurde, scheiterte der Versuch an heftigen antideutschen Demonstrationen kasachischer Studenten, die mit Parolen agierten wie: *Alle Deutschen nach Sibirien! und Kasachstan den Kasachen!* oder *Sonderkommandantur wiederherstellen!*

1980 wagten sich russlanddeutsche Demonstranten in Moskau auf dem Roten Platz mit selbstgeschriebenen Plakaten an die Öffentlichkeit, auf denen die *freie Ausreise aus der Sowjetunion* verlangt wurde. In Minutenfrist hatte der Geheimdienst die Plakate weggenommen. Erst mit dem Gesetz über Aus- und Einreise von 1987 nahm die Zahl der Aussiedler im Rahmen der Familienzusammenführung im Zeichen der liberaleren Politik der Perestroika sprunghaft zu. Während zwischen 1950 und 1960 nur knapp 14 000 Deutsche ausreisen durften, von 1960 bis 1969 rund 8000, in den 70er Jahren aufgrund des deutsch-russischen Vertrags von 1970 etwa 56 000 und in den Jahren 1980–1986 rund 16 000, schnellten die Zahlen seit 1987 in die Höhe, von rund 14 000 im Jahr 1987 bis über 200 000 im Jahr 1993. Die extreme Zunahme von Spätaussiedlern führte in den darauf folgenden Jahren dazu, dass wegen Mangels an Wohnungen und Arbeitsplätzen gewisse Grenzen der Aufnahmekapazitäten in der Bundesrepublik erreicht worden waren.

Die Eingliederung der Russlanddeutschen ist im Großen und Ganzen gelungen, nicht zuletzt durch den Arbeitswillen und den sprichwörtlichen Fleiß. Für das russlanddeutsche Sprichwort *Arbeit, komm', ich fress' dich auf!* gibt es 1000fache Belege. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger unter den rund 3000 Russlanddeutschen in der Großen Kreisstadt Wertheim ist angesichts der großen Probleme, mit denen sich viele Familien herumplagen müssen, extrem niedrig. Es ist bekannt, dass die Russlanddeutschen, Männer wie Frauen, ohne zu zögern eine Arbeit annehmen, um auf eigenen Füßen stehen zu können. Wenn die Integration besonders bei vielen Jugendlichen noch nicht im wünschenswerten Maß gelungen ist, sollte man Verständnis aufbringen, weil sie mit der deutschen Sprache längst nicht so vertraut umgehen können wie mit der russischen. Viele Familien waren oder sind in einer Zerreißprobe. In der Regel leben die meisten Mitglieder einer Großfamilie in der Bundesrepublik.

Die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland steht allen Spätaussiedlern bei Fragen und Problemen der Eingliederung mit Rat und Tat zur Seite. Bei der Feier *50 Jahre Landsmannschaft* im Oktober 2000 im Neuen Schloss in Stuttgart wurde dankbar vermerkt, dass Baden-Württemberg bereits vor 20 Jahren die Patenschaft für die Russlanddeutschen übernommen hat. Minister Dr. Schäuble versprach in seiner Festrede, dass die Geschichte der Volksgruppe in Zukunft stärkere Berücksichtigung in den Schulen finden werde. Er verwies nicht nur auf die enge Kooperation zwischen der Landesregierung und der Landsmannschaft,

sondern auch auf die Hilfen unseres Landes für die Deutschen in St. Petersburg und die an den Universitäten in Freiburg im Breisgau und Heidelberg vom Land eingerichteten Forschungsstellen über die Deutschen in Russland.

In Wertheim konnte der örtliche Verein mit einer großzügigen privaten Spende, der tatkräftigen Unterstützung der Stadt und viel Eigenleistungen von Russlanddeutschen ein *Haus der Begegnung* einrichten. Die Räumlichkeiten werden dankbar für Veranstaltungen unterschiedlicher Art angenommen, sowohl von Jugendlichen wie von Erwachsenen. Die Deutschen aus Russland besitzen hier ein gut funktionierendes Kommunikationszentrum, das zunehmend auch von einheimischen Bürgern besucht wird.

Literatur in Auswahl

- Aussiedler. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Hefte 222 und 267. Bonn 1989 und 2000.
- Ein langer Weg im Kreis. Hg. von der Gustav-Walle-Schule Würzburg. Würzburg 1998. (Geschichte, Schicksal und Kultur eines russlanddeutschen Dorfs von 1910 bis um 1995).
- Johann und Hans Kampen: Heimatbuch der Deutschen aus Russland. 2 Teile. Hg. von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. Stuttgart 1999/2000. (Empfehlenswert sind auch weitere 24 zuvor erschienene Heimatbücher).
- Bernd G. Längin: Die Russlanddeutschen unter Doppeladler und Sowjetstern. Städte, Landschaften und Menschen auf alten Fotos. Augsburg 1992.
- Otto Langguth: Auswanderer aus der Grafschaft Wertheim. Sonderdruck aus Familiengeschichtliche Blätter 30/3 (1932) S.4 ff.
- Benjamin Pinkus und Ingeborg Fleischhauer: Die Deutschen in der Sowjetunion. Geschichte einer nationalen Minderheit im 20. Jahrhundert. Bearb. und hg. von Karl-Heinz Ruffmann. Baden-Baden 1987.
- Russland. Hg. von Gerd Stricker (Deutsche Geschichte im Osten Europas). Berlin 1997. (Standardwerk).
- Karl Stumpp: Die Auswanderung der Deutschen nach Russland in den Jahren 1763 bis 1862. Tübingen 1974. (Über 1000 Seiten; enthält detaillierte Landkarten mit Auswanderungsorten sowie umfangreiche Namenslisten).
- Volk auf dem Weg. Deutsche in Russland und in der Sowjetunion 1763–1986. Eine kurze Übersicht. Hg. vom Kulturrat der Deutschen aus Russland e.V. und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. ³1986. (Siehe auch weitere, ergänzte Auflagen, zum Beispiel ⁵1997).
- Volk auf dem Weg. Hg. von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. Monatszeitschrift Jg. 2000/2001.

Ergänzung zur Literatur

Viele Detail-Informationen stammen von Augenzeugen, von Interviews mit Russlanddeutschen (2000/2001), die in Wertheim wohnen:

Susanne und Alexander Eirich, Martha Herner, Anna und Johann Jezlaw, Katharina und Erhard Lämmle, Maria Meisinger, Katharina und Philipp Müller, Lili und Jakob Müller, Susanne Stang, Elvira und Alois Zerr.

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

Ich mir einen Erben der Liebe Quas
angehen und die nötige manumission
zur Beförderung meines zivilen Glückes
und Beförderung zu Statten zu
bringen.

Quadranten Beförderung meines Sub
missen Litten mich zuversichtlich zu
trösten, was ich in profunderer Eft
Licht.

Erz. Hochfürstl. Durchlaucht

unterzeichnet
M. d. r.
Margaretha Albrechtin
Hilffs Albrecht in Gohelre
Linde Wolfen.

Aufnahme: Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Verwendung im Unterricht

Bearbeitet von Georg Weinmann

Das Thema eignet sich wegen seiner Vielschichtigkeit zur Behandlung in verschiedenen Altersstufen und Schulklassen. Dafür bieten sich insbesondere der *fächerverbindende Unterricht* und die *Projektmethode* an. Erfahrungsgemäß erhöht die *Handlungsorientierung* im Unterricht die Motivation der Schülerinnen und Schüler erheblich. Als *roter Faden* könnten folgende *Leitfragen* dienen: Warum wanderten Menschen nach Osteuropa aus? Wie reagierte ihre Umwelt auf dieses Vorhaben? Welche Schwierigkeiten waren mit diesem Unterfangen verbunden? Wie sah das Leben der Neuankömmlinge in der *fremden Heimat* aus? Mit welchen Problemen waren sie konfrontiert? Was bewog ihre Nachkommen, nach Deutschland auszusiedeln? Welche Hindernisse stellen sich ihnen heute in den Weg und wie könnte man diese überwinden? – Wie der Text und die Dokumente verdeutlichen, stellt die derzeitige Situation von Aussiedlern den vorläufigen Schlusspunkt in einer Jahrhunderte dauernden Entwicklung dar. Neben dem Aktualitätsbezug bietet es sich bei der Behandlung des Themas im Unterricht an, diesen Umstand als *zentrales Lernziel* zu berücksichtigen.

In den unteren und mittleren Klassenstufen erscheint es besonders wichtig, Aspekte des Fremden und des Umgangs mit Neuem ausführlich und altersgerecht in den Mittelpunkt zu stellen. Die *Lebens- und Gefühlswelt* der Auswanderer und ihrer Kinder kann dabei von besonderem Interesse sein. Der Text und die Dokumente bieten an verschiedenen Stellen Schreibansätze. So könnte das Kind einer Auswandererfamilie Freunden in der alten Heimat über seine Erfahrungen in einem *Brief* berichten und seine Erfolge oder Schwierigkeiten bei dem Versuch schildern, neue Freunde zu finden. Eine andere Art der Umsetzung sind *Tagebucheinträge* und das *szenische Gestalten* auf der Grundlage zuvor erarbeiteter Dialoge (Gruppenarbeit). *Kennenlernspiele* können darüber hinaus eine Brücke zur Alltagserfahrung der Kinder und Jugendlichen schlagen. Je nach Zusammensetzung der Gruppe bietet es sich an, die Spiele an den einzelnen *Herkunftsländern* der Schülerinnen und Schüler (Lieder, Sprache, Bräuche, Sehenswürdigkeiten, Religion) auszurichten. Vorstellbar wäre auch die Vorbereitung eines *Festes* oder eines *gemeinsamen Essens*, in das entsprechende Rezepte Eingang finden. Das Quellenmaterial kann hierbei in Auszügen als *Hintergrundinformation* herangezogen werden. Als fruchtbar erweist sich auch die Einbindung von *Zeitzeugen*, die weniger historische Umstände als vielmehr ihre eigene Lebenserfahrung in den Vordergrund stellen.

Auch in der Mittelstufe eignet sich das Thema als Beitrag zur Aufarbeitung von Lokalgeschichte in Form eines Projekts. Das Oberthema könnte lauten: *Auf den Spuren deutscher Aussiedler in unserer Stadt*. Sinnvoll wären *Zeitzeugeninterviews* und *Archivarbeiten*. Die *Auswertung von Material*, das über den *Fall Wertheim* hinausgeht, kann den Wahrnehmungshorizont erweitern und die Umstände vor Ort in größere Zusammenhänge einordnen. Interessante Ergebnisse könnte ein *Vergleich* der eigenen Resultate mit dem Befund zum Taubertal liefern. Zur Dokumentation entsprechender Aktivitäten bieten sich *Tonbandaufnahmen*, *Videos* oder *Foto- und Plakatwände* (zum Beispiel zur Veranschaulichung von Aus- und Rückwanderungsprozessen) an.

Internetrecherchen und die Einspeisung von Arbeitsergebnissen ins Netz auf einer Homepage gehören heutzutage fast schon zu den gängigen Darstellungsformen. Das *Theaterspielen* stößt in dieser Altersgruppe ebenfalls auf große Resonanz. Denkbar wäre das Verfassen eines Stücks oder einer szenischen Darstellung und seine/ihre Aufführung als fächerübergreifendes und -verbindendes Vorhaben. Es böte sich eine *Zeitreise* durch die verschiedenen Generationen einer Familie in einem deutschen Siedlungsgebiet und die Rückkehr in die *Ursprungsgegend* an. Der dargestellte *Kreislauf* der Aus- und Rückwanderung könnte die Grundlage einer derartigen *Familiensaga* sein. Eher lebensweltlich orientiert wäre die Organisation und Durchführung einer *Sportveranstaltung* als Weg der Begegnung und des Kennenlernens.

In der Oberstufe können Ansätze weiterentwickelt werden, die bereits in der Mittelstufe rudimentär Anwendung gefunden haben. So sind in dieser Altersgruppe umfangreichere *Projekte zur Lokal- und Regionalgeschichte* möglich, die auch in Form von *Ausstellungen* oder durch die *Neuen Medien* der Öffentlichkeit präsentiert werden könnten. Denkbar wäre auch eine themenbezogene *Exkursion* oder *Studienfahrt*. Die Einbettung des Themas in die Kommunalpolitik könnte in Form einer *Podiumsveranstaltung* unter dem Motto *Schüler fragen, Politiker antworten* stattfinden und in eine Diskussion zu aktuellen Problemen von jungen Aussiedlern und Aussiedlerinnen (Drogenkonsum, Arbeitslosigkeit et cetera) münden. Dabei wäre es auch denkbar, den *Kontakt zu internationalen Organisationen* herzustellen, um derartige Migrationsbewegungen in einen breiteren Kontext einzubetten und zu vergleichen. Ein weites Lernfeld bietet jungen Erwachsenen vor Ort die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen zur besseren Verständigung auf den Gebieten des *Sports* (Sportveranstaltung, -fest) und der *Kultur* (Konzert et cetera).

Derartige Vorhaben setzen einen großzügigen Zeitrahmen voraus. Informationen aus Interviews von Zeitzeugen bieten jedoch auch die Möglichkeit einer *punktuellen Behandlung* des Themas. Hier reicht das Spektrum von einer *textnahen Beschäftigung* mit den abgedruckten Urkunden (Transkription, Erschließen von Wortbedeutungen und Sprachduktus) bis zur Erstellung von *Rätseln*, die mit Hilfe von Textauszügen und Karten gelöst werden können. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Materialien Einblick in Geschichte ermöglichen und einen Bezug zur Gegenwart erlauben. Die *Auswertung aktueller Informationsquellen* (Tagespresse, Radio-/Fernsehsendungen, Jugendzeitschriften et cetera) sowie die Thematisierung *persönlicher Begegnungen und Erfahrungen* (Gespräche, Berichte, Collagen) können die Schülerinnen und Schüler für einen Bereich sensibilisieren, von dem aus sich vergleichsweise leicht Brücken zu Themen wie *Toleranz*, *Empathie* und *Konfliktbewältigung* schlagen lassen.

Vervielfältigung mit Quellenangabe gestattet